

Postulat

"Beschleunigter Ersatz von Elektroheizungen und Elektroboilern"

Gestützt auf Artikel 83 der Geschäftsordnung fordere ich den Regierungsrat auf, dem Landrat einen Bericht zum beschleunigten Ersatz von Elektroheizungen und Elektroboilern mit Massnahmenvorschlägen vorzulegen. Mit dem geforderten Bericht soll mehr Klarheit in die Grauzone Stromverbrauch von Elektroheizungen und Elektroboilern gebracht werden. Der Bericht soll deshalb folgende Eckdaten enthalten:

- Bei den Urner Stromversorgern und allenfalls beim Urner Heizungsgewerbe sind die statistischen Daten einzufordern über die Anzahl bestehender Elektroheizungen und deren Stromverbrauch.
- Bei den Urner Stromversorgern und allenfalls beim Installationsgewerbe sind die statistischen Daten einzufordern über die Anzahl bestehender Elektroboiler und deren Stromverbrauch.
- Die gewonnenen Daten sollen Aufschluss geben über den tatsächlichen Stromverbrauch von Elektroheizungen und Elektroboilern sowie die Verteilung auf die vier Versorgungsgebiete (EWA, EWU, EW Göschenen, EW Erstfeld).
- Es ist aufzuzeigen, welche Elektrizitätswerke in Uri vergünstigte Stromtarife für Elektroheizungen und Elektroboiler anbieten und welche Elektrizitätswerke über die Tarifpolitik und Förderprogramme eine forcierte Ersatzstrategie verfolgen.
- Der Bericht soll aufzeigen, wie gross das technische Einsparpotenzial ist, das heisst: wenn bestehende Elektroheizungen und Elektroboiler konsequent durch die effizienteste verfügbare Technik auf der Basis erneuerbarer Energien ersetzt, beziehungsweise ergänzt werden.
- Schliesslich soll der Bericht aufzeigen, mit welchen Massnahmen des Kantons und der Elektrizitätswerke mittelfristig (bis 2020) mindestens 50% des ausgewiesenen technischen Potenzials ausgeschöpft werden kann. Insbesondere interessiert die Frage, wie viele Elektroheizungen im Rahmen des 10-Millionen-Kredits des Bundes für das Stabilisierungsprogramm in den Versorgungsgebieten der einzelnen Urner Elektrizitätswerke durch welche Heizsysteme ersetzt werden und wie hoch die Förderbeiträge pro Anlage durchschnittlich liegen (Beitrag des Bundes, Beitrag des Kantons, Beitrag des Elektrizitätswerks).

Erstunterzeichner



Armin Braunwalder, Erstfeld
SP-/Grüne Fraktion

Zweitunterzeichner



Toni Bunschi, Flüelen
CVP-Fraktion

Altdorf, 13. Mai 2009

Begründung:

Gemäss der aktuellen Studie des Bundesamtes für Energie "Der Bestand an Elektroheizungen in den Kantonen" hat der Kanton Uri gesamtschweizerisch mit 10,7% den dritthöchsten Anteil an elektrisch beheizten Wohnungen. Dabei ist grundsätzlich zwischen zwei Systemen zu unterscheiden: Elektro-Zentralheizungen verfügen über ein Wärmeverteilsystem und können beim altersbedingten Ersatz relativ problemlos durch eine Wärmepumpe (Grundwasser, Erdsonde) oder Holzheizung ersetzt werden, was den Stromverbrauch um rund 60%, bzw. 90% (Holzheizung) reduziert. In dieser Beziehung problematischer sind die Einzelraum-Elektroheizungen, wo ein Wärmeverteilsystem fehlt. Hier sind die Ersatzinvestitionen sehr hoch, weil nachträglich ein Wärmeverteilsystem eingebaut werden muss. Ein Grundsatzproblem haben beide Systeme: Sie brauchen ausgerechnet in der Heizperiode sehr viel Strom, wenn die Stromproduktion aus Wasserkraft naturgemäss deutlich zurückgeht. Der Strombedarf muss dann vielfach mit Importstrom aus französischen Atomkraftwerken oder europäischen Kohlekraftwerken gedeckt werden.

Gemäss der erwähnten BFE-Studie hat der Stromverbrauch von Einzelraum-Elektroheizungen zwischen 1990 und 2008 im Kanton Uri um 119% auf 10,6 Millionen Kilowattstunden (kWh) zugenommen. Bei den Elektro-Zentralheizungen hat der Verbrauch gemäss dieser Studie um 14% auf 14,7 Millionen kWh abgenommen. Zusammengezählt ergibt dies für 2008 einen Stromverbrauch von 25,3 Millionen kWh oder gut 9% des gesamten Urner Stromverbrauchs. Zieht man in Betracht, dass dieser Verbrauch ausschliesslich im Winterhalbjahr anfällt, so liegt der Verbrauchsanteil der Elektroheizungen in diesem Zeitraum bei knapp 20%, was als sehr hoch bezeichnet werden muss.

Gemäss früheren Angaben des Urner Amtes für Energie liegt der Stromverbrauch von Elektroheizungen sogar bei rund 41 Millionen kWh. Als Postulant frage ich mich nun, wie ich mir diese erhebliche Differenz von 16 Millionen kWh erklären muss. Ich frage mich, ob die Ergebnisse der BFE-Studie stimmen oder nicht. Offensichtlich gibt es hier eine Grauzone.

Mit der Gesamtenergiestrategie, die der Energieeffizienz höchste Priorität gibt, hat der Regierungsrat die Richtung klar vorgegeben. Dies gilt es nun umzusetzen. Im Bereich Warmwasser haben Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit dem beschlossenen 2000-Solardächerprogramm einen ganz wichtigen und konkreten Schritt zur Vermeidung von unnötigem Stromverbrauch beschlossen. Im schweizerischen Vergleich der Förderbeiträge sind wir nun Spitze. Genauer: Hinter Basel-Stadt, Schaffhausen und Luzern zahlen wir heute gesamtschweizerisch die vierthöchsten Förderbeiträge für thermische Sonnenkollektoren. aus. Nur: Mit dem 2000-Solardächer-Programm ist es nicht getan. Wir schöpfen damit erst einen Teil des Einsparpotenzials in Bereich Elektroboiler aus. Doch die Richtung stimmt.

Bei weitem nicht so weit sind wir, wenn es darum geht, Elektroheizungen durch weniger stromintensive Heizsysteme zu ersetzen, beziehungsweise den sehr hohen Stromverbrauch von Elektroheizungen durch deutlich verbesserte Wärmedämmung von Gebäudehüllen zu halbieren. Immerhin geht es hier um 10 bis 20 Millionen kWh pro Jahr. Um diesen Strom zu produzieren, sind 10 bis 20 Windkraftwerke wie auf dem Gütsch oder ebenso viele Klein- oder Kleinstwasserkraftwerke notwendig. Statt neue Kraftwerke für unnötigen Stromverbrauch zu bauen, ist es meines Erachtens nicht nur wirtschaftlich sonder auch ökologisch sinnvoller, diesen Verbrauch durch effizientere Technologien einzusparen.